



Ausschussdrucksache 20(13)55b

angeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 27. März 2023

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

**„Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratieförderungsgesetz - DFördG)“
(BT-Drs. 20/5823)**

des Ahmad Mansour, Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention GmbH (MIND prevention)

Schriftliche Stellungnahme von Ahmad Mansour zur öffentlichen Anhörung des Familienausschusses am 27.03.23

Ich möchte mich erst einmal bei den Abgeordneten und den demokratischen Parteien, die diese Anhörung ermöglicht und nach meiner Expertise gefragt haben, bedanken. Als jemand, der im Bereich Demokratiebildung und Extremismusprävention arbeitet, möchte ich sehr deutlich betonen, dass die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention gerade jetzt enorm wichtig und notwendig ist. Die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, verdienen eine klare und sichere Perspektive. Es ist notwendig, den Angehörigen dieser Arbeitsfelder gerade bezüglich ihrer Projekte Planungssicherheit zu geben, damit sie diese wichtige Arbeit durchführen können, ohne jedes Jahr aufs Neue Angst um ihre Existenz haben zu müssen.

Aber – und hier liegt meine Kritik an dem Demokratiefördergesetz – die Demokratiebildung darf kein exklusiver Club sein. Leider ist das jedoch in den letzten Jahren zur Realität geworden. Es gibt keine transparente Regelung und Kommunikation darüber, welche Projektträger eine Finanzierung erhalten und welche nicht. Auch gibt es keine aussagekräftigen Begründungen zu Ablehnungen oder Bewilligungen. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass vor allem in den Bereichen „Islamismus- und Rassismusbekämpfung“ die Chance auf eine Finanzierung von der politischen Agenda der regierenden Parteien abhängt und nicht davon, welche Maßnahmen sich im Rahmen wissenschaftlicher Evaluationen als besonders erfolgreich herausgestellt haben. Und genau das lässt mich an dem Vorhaben zweifeln.

Nehmen wir das Thema Islamismus: Viele Projekte, mit denen ich in den letzten Jahren in Kontakt kam, behaupten, Diskriminierungserfahrungen seien der entscheidende Faktor, der zu Radikalisierung führe. Das mag stimmen, jedoch werden bei dieser Sichtweise viele andere Faktoren komplett ausgeblendet, weil sie politisch unbequem oder ideologisch nicht gewollt sind. Patriarchalische Strukturen, das Beharren auf der Opferrolle, die vielen konservativen Islamverständnisse, die Unmündigkeit, die Parallelgesellschaften, sind weitere wichtige Faktoren, die zur Radikalisierung von Jugendlichen führen können. Dies auszublenden, schafft Arbeitsmethoden und Projekte, die meiner Ansicht nach nicht dazu geeignet sind, Radikalisierungstendenzen abzubauen oder zu verhindern.

Auch die fehlende Demokratieklausel, also eine Verpflichtung öffentlich finanzierter Organisationen, sich zu demokratischen Grundprinzipien zu bekennen und nach ihnen zu handeln, sowie die fehlende Überprüfung dessen hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sowohl islamistische als auch linksradikale Akteure in den Genuss einer öffentlichen Finanzierung ihrer Projekte gekommen sind. Dies ist keine Unterstützung einer wehrhaften Demokratie, sondern ein Angriff auf sie.

Demokratie ist Debattenkultur, Demokratie ist Dialog, Demokratie bedeutet Kontroversen zuzulassen, Demokratie ist das Aushalten von unterschiedlichen Sichtweisen. Eine wehrhafte Demokratie wird man nicht dadurch schaffen, dass man eine homogene linke, teilweise identitätspolitische Ideologie finanziert, die mit allen Mitteln versucht, andere Meinungen und Sichtweisen zu kriminalisieren, zu diffamieren oder zu canceln und auszublenden. Das

Gesetz muss eine Plattform ermöglichen, die einen Wettbewerb der Ideen fördert, um Menschen für die Demokratie zu begeistern und dafür zu gewinnen. Es darf kein Kartell der Gleichgesinnten schaffen, das mit seinen Methoden der Demokratie schadet und Ungleichheit fördert.

Ich appelliere an alle demokratischen Parteien und ihre Vertreter:

Ihr Vorhaben soll genau jetzt, im postfaktischen Zeitalter des Populismus, in einer Zeit, in der Extremisten jeglicher Couleur Konjunktur haben, umgesetzt werden. Sie müssen hier Korrekturen vornehmen und dafür sorgen, dass nur Projekte zur Demokratieförderung bewilligt werden, welche die Vielfalt von Ideen und Methoden ermöglichen und zu einer Stärkung der Demokratie führen. Es dürfen nur Vereine und Menschen die Möglichkeit bekommen, ihre Arbeit durch das Programm zu finanzieren, wenn sie selbst auch die Grundprinzipien der Demokratie befolgen und leben. Bisher gibt es leider keinerlei Kontrollgremien, die diese Faktoren überprüfen.

Vielen herzlichen Dank!